

**Für Wirtschaft**



Seiten 4-6

**Gegen Rechts**



Seite 8

**Nach Europa**



Seite 9

Aus BVV und Ausschüssen

## Zwangsjacke abgewendet



Das neue Jahr begann mit einem Novum in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). In der ersten Sitzung der BVV im neuen Jahr am 28. Januar beantragte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Aktuelle Stunde zum Thema „Die Übertragung von Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Schulen in Freie Trägerschaft“. Spannendes Thema, aber ich musste feststellen: So schlecht wie die Einreicher diese vorbereitet hatten, lief sie auch. Es gibt keine Ergebnisse zu berichten.

Weiterhin gab es eine dringliche Beschlussempfehlung zum Erhalt des Gewerbestandortes Greifswalder Straße 200. Die BVV stimmte für den Erhalt von fünfzig Arbeitsplätzen und gegen die Schaffung von neuen Wohnungen und Büroflächen.

Nach dieser Abstimmung wurde u.a. eine mündliche Anfrage zur Nutzung des Ratskellers im Rathaus Pankow gestellt. Der Bürgermeister schloss nach zahlreichen Gesprächen in den letzten Monaten nunmehr die gastronomische Nutzung für einen „relevanten Zeitraum“ aus. Seine vorgeschlagenen Nutzungsideen fand ich jedoch sehr reizvoll. Es soll ein gemeinsamer Fundus der bezirklichen Museen entstehen, welcher der Öffentlichkeit einen Einblick in die Geschichte des Bezirkes in Form einer Ausstellung gewähren soll.

Im Weiteren sprach sich die BVV für den Erhalt des Sozialtickets aus, debattierte die Handlungsoptionen zur Absenkung von Verkehrsunfällen mit Kindern im Bezirk und thematisierte Sanierungsziele im Ortsteil Prenzlauer Berg.

Hervorzuheben bleibt noch, dass die BVV auf ihrer ersten Tagung im Jahr 2004 zwei wichtige Vorlagen des Bezirksamtes zum Haushalt beschloss. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes im letzten Jahr müssen auch die Kapitel des Bezirkshaushaltes in Übereinstimmung mit der Verfassung gebracht werden. Der Bezirk darf nur solche Ausgaben tätigen, die bundesgesetzlich oder aus der Landesverfassung geboten sind. Ohne diese Beschlüsse hätte dem Bezirk die vorläufige Haushaltswirtschaft gedroht. Dies hätte bedeutet, dem Bezirk eine Zwangsjacke in Bezug auf jegliches finanzielles Handeln durch die Senatsfinanzverwaltung anzulegen. Das wollte die BVV nicht. Sie verwaltet ihren Mangel lieber selber. *Katrin Maillefert*  
Bezirksverordnete

## Hoffnung für Kulturstandorte

Am 7. Januar tagte der Ausschuss für Kultur und Bildung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow. Als einziger Punkt der Tagungsordnung standen Interessenbekundungsverfahren zum Kulturhaus Pankow und zur Freilichtbühne Weißensee zur Debatte. Die aussichtsreichsten Bewerber konnten ihre Konzepte nun – nach einem bereits über mehrere Monate laufenden Verfahren – der Öffentlichkeit präsentieren.

Der Ausschreibung vorausgegangen war eine öffentliche Debatte,

in deren Konsequenz das Bezirksamt und die BVV im Mai 2003 die erste Kultur- und Bildungsentwicklungsplanung 2003 bis 2007 beschloss. Der Bezirk kann die beiden Einrichtungen nicht mehr betreiben – eine der Folgen der Haushaltsnotlage.

Für die Freilichtbühne Weißensee stellte sich ein Bewerber vor. Die K&K Kino und Konzerte GmbH plant von Mitte Mai bis Anfang September 2004 etwa 92 Kinoveranstaltungen und 18 Konzerte. K&K betreibt das Kino „Balász“ in Mitte. Sie ist auch Mitveranstalter des Museumsinsel-Festivals in Mitte und eröffnete 2002 das Open-Air-Kulturforum am Potsdamer Platz.

Für das Kulturhaus Pankow stellten sich zwei Bewerber der Öffentlichkeit vor. Als erstes präsentierte der Kulturverein Prenzlauer Berg e.V. sein Kulturkonzept. Er will das Kulturhaus als multifunktionales Kultur-, Veranstaltungs- und Dienstleistungszentrum mit angeschlossener gastronomischer Versorgung betreiben. Dazu werden Angebote

wie eine Kulturagentur, eine Kulturjobvermittlung und ein Kultur-taxi in das Projekt integriert.

Der zweite Bewerber war Wolfgang Spors. Er ist seit zehn Jahren selbständiger Gastronom. Im Jahr 2000 eröffnete er das Café Garbáty, das gleich neben dem Kulturhaus liegt. Spors will das Café und das Kulturhaus wieder baulich zu einer Doppeleinrichtung verbinden. Er plant Konzerte verschiedener Musikrichtungen und Tanzveranstaltungen. Die traditionellen Veranstaltungen für Kinder und Familien will er weiterführen.

Inzwischen ist das bezirkliche Verfahren in eine nächste Phase eingetreten. Das Bezirksamt hat begonnen, mit der K&K Kino und Konzerte GmbH und Herrn Spors zu verhandeln. Ziel ist es, Verträge zu unterzeichnen, auf deren Grundlage die beiden Einrichtungen in private Regie übergehen. Sie bleiben beide im Eigentum des Landes Berlin.

*Katrin Maillefert*  
Bezirksverordnete



extraDrei im Gespräch mit PDS-Kommunalpolitikern

# Selbstbewusste Mangelverwaltung

Zwei Jahre ist es jetzt her, dass das Bezirksamt für den Großbezirk nach mehreren Anläufen durch die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gewählt wurde. Von den sechs Stadträten im Bezirksamt sind drei von der PDS: Christine Keil ist für Jugend, Schule und Sport zuständig. Almuth Nehring-Venus kümmert sich um Wirtschaft und Kultur. Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert hat die Bezirksfinanzen, das Immobilienmanagement und das Personal auf dem Tisch.

Die wesentlichen Beschlüsse, wie z.B. der Beschluss zum Bezirkshaushalt 2004/05, werden durch ein Zusammengehen von SPD und PDS gefällt, sagt Michael van der Meer, Fraktionsvorsitzender der PDS in der BVV. Obwohl man stärkste Fraktion sei, wolle man keinen Durchmarsch. Vielmehr setze man auf eine partnerorientierte Zusammenarbeit im Bezirksamt sowie in und außerhalb der BVV.

Dies kann Bürgermeister Kleinert bestätigen. „Die Bezirksamtssitzungen sind sach- und konsensorientiert.“ Gleichzeitig habe die PDS im Bezirk der Politik 'ihren Stempel aufdrücken' können. Eine Kultur- und Bildungsentwicklungsplanung zur Sicherung kultureller Einrichtungen sei verabschiedet worden, die Weiterentwicklung des Schulnetzes sei auf dem Weg und die politische Priorität läge beim Erhalt von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe.

Doch das gute Arbeitsklima wird durch die sich immer mehr verengenden finanziellen und politischen Spielräume getrübt. Im Jahr 2003 machte Pankow 19,3 Mio. Euro Schulden, vor allen Dingen durch gestiegene Sozialausgaben. Den Schuldenberg schleppt der Bezirk im laufenden Jahr weiter mit. Weil der Senat dem Bezirk nicht genügend Mittel zuweist, wird sich das Defizit am Jahresende wahrscheinlich auf 50 Mio. Euro erhöht haben.

„Die Haushaltsvorgaben des Senats sind unrealistisch“, sagt Michael van der Meer und Burkhard Kleinert ergänzt: „Dabei haben wir in der Vergangenheit und für die Jahre 2004/05 schon drastische Einsparungen vorgenommen.“

Bei den Personalausgaben gab und gibt es deutliche Reduzierungen. Den baulichen Unterhalt von Gebäuden und Straßenland habe man sträflich vernachlässigt und die konsumtiven Sachausgaben würden generell seit Jahren reduziert. An die Adresse der Senatsfinanzverwaltung formuliert Kleinert deshalb: „Wir haben bisher eine selbstbewusste Mangelverwaltung im Bezirk gemacht. Uns ist es trotz desolater Finanzlage gelungen, Prioritäten zugunsten von Kindern und Jugendlichen zu setzen. Aber wir können die 19,3 Mio. Euro Schulden nicht verschwinden lassen. Wir brauchen eine politische Klärung mit dem Senat, wie wir mit den Schulden umgehen.“

Diese Klage scheint nicht ungehört verhallt zu sein. Der Senat beschloß Ende Januar 144 Mio. Euro mehr für die Bezirke. Wieviel davon für Pankow abfällt, ist noch nicht klar.

Die Bezirkspolitiker sehen noch ein weiteres Problem in der Zusammenarbeit mit dem Senat: „Die Zentralisierung von Aufgaben nimmt zu“, stellt Almuth Nehring-Venus, Stadträtin für Wirtschaft und Kultur fest. Kompetenzen, bspw. im Baubereich sowie in der Planung und Leitung der Kita-Landschaft, sollen vom Bezirk an das Land übergehen. Solche Landesbetriebe sind bisher immer gescheitert, so z.B. das Landesschulamt“, sagt Almuth Nehring-Venus. „Übrig bleiben das Ordnungsamt und das Wegräumen des Hundekots“, schiebt sie lakonisch hinterher. Christine Keil, Stadträtin für Schule, Jugend und Sport ergänzt: „Ein Landesbetrieb wäre nicht in der Lage, für alle zwölf Bezirke die Gewährleistung der Kita-Plätze vorzu-

nehmen.“

Die Stadträtinnen und der Bürgermeister treten deshalb für eine offene und konstruktive Auseinandersetzung mit dem Senat über die Zukunft der Berliner Bezirke ein.

Es gibt aber auch eigene politische Vorhaben: Christine Keil erarbeitet die Schulentwicklungsplanung. Ende April soll die Perspektive der Einzelschulen nach eingehender Debatte mit Schülern, Eltern und Lehrern in der BVV verabschiedet werden.

„Aber auch in der Jugendhilfe und in der Schule muss umgesteuert werden.“, sagt sie. Das neue Schulgesetz sieht vor, dass ab August 2005 die Hortbetreuung nicht mehr in der Kita, sondern in der Schule stattfinden soll. „In Pankow sind rund 1.500 Hortplätze von dieser Änderung betroffen“, sagt die Stadträtin.

Kultur- und Wirtschaftsstadträtin Almuth Nehring-Venus bemüht sich um die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Bezirk. Investorenfreundlichkeit, die Entwicklung eines Wegeleitsystems und Informationscenters für Touristen und die Akquise von EU-Fördergeldern stehen u.a. im Jahr 2004 auf der Tagesordnung.

In der Kultur stehen mit dem 2003 verabschiedeten Kultur- und Bildungsentwicklungsplan zahlreiche Umstrukturierungen bei den Bibliotheken, Volkshochschulen und kulturellen Einrichtungen an.

Und so sind die PDS-Vertreter im Bezirksamt mit gemischten Gefühlen ins neue Jahre gegangen.



Sandra Brunner,  
Andreas Bossmann

extraDrei im Gespräch mit Wirtschaftsstadträtin Almuth Nehring-Venus (PDS)

## Freundlich, Verbindlich, Kreativ



Almuth Nehring-Venus ist seit 2001 Stadträtin für Wirtschaft und Kultur. Zwischen 1999 und 2001 war sie Mitglied der BVV. Die 44jährige ist von Beruf Diplomi-journalistin.

*Almuth, Du bist Stadträtin für Wirtschaft und Kultur. Welchen Einfluss hast Du auf die Wirtschaftspolitik?*  
Zum Bereich Wirtschaft zählt das Wirtschaftsamt als klassisches Ordnungsamt. Dort werden u.a. die Gewerbeanmeldungen bearbeitet. Für mich ist wichtig, dass das Amt nicht nur als Aufsichtsbehörde agiert, sondern die Anliegen der Unternehmer schnell und sachlich bearbeitet. Ich orientiere darauf, mit den Unternehmern verbindliche Absprachen zu treffen und bei Problemen freundlich aufzutreten.

Dann gibt es das Büro für Wirtschaftsförderung, das für die Anliegen der Unternehmen Kontakte zu anderen Abteilungen der Verwaltung herstellt. Die Mitarbeiter dort unterstützen z.B. die Arbeit von Unternehmerverbänden, organisieren Existenzgründungsseminare, helfen bei Umsiedlungen, kennen sich bei Förderprogrammen aus.

*Welche Schwerpunkte setzt Du Dir als Wirtschaftsstadträtin?*

Ich achte sehr auf eine bürgerfreundliche Verwaltung. Zudem unterstütze ich intensiv die wirtschaftliche Entwicklung im Ortsteil Buch, der wegen der Konzentration der Biotechnologie-Firmen und Forschungseinrichtungen besondere Bedeutung für Berlin und bundesweit hat. Der Bezirk ist seit drei Jahren Träger des Regionalmanagements Buch, das die unterschiedlichen Akteure vor Ort koordiniert, um positive Entwicklungen in Buch zu initiieren.

Wichtig ist für mich die Verknüpfung von Wirtschaft, Kultur und Tourismus. Da der Bezirk ein europaweit bekanntes Kulturangebot vorzuweisen hat, kommen viele Besucher hierher. In diesem Jahr wird deshalb in Zusammenarbeit mit der Wall AG ein touristisches Wegeleitsystem erstellt. Darüber hinaus bauen wir mit EU-Geldern eine Touristeninformation in der Kulturbrauerei gemeinsam mit dem Verein „Pro Prenzlauer Berg“ auf und erarbeiten 2004 ein Tourismusmarketingkonzept.

*Welche Bedeutung misst Du dem Industriestandort Wilhelmsruh zu und wie schätzt Du die Chance für Neuansiedlungen im Bezirk ein?*

Leider hat der Bezirk nur noch wenige große Industriestandorte. Einer davon ist der Pankow-Park in Wilhelmsruh mit den Firmen ABB, STADLER, die international führend sind auf dem Gebiet des Schienenfahrzeugbaus, und ALSTOM. Der Bezirk unterstützt mit all seinen Möglichkeiten die weitere Entwicklung dieses Standortes, um Arbeitsplätze zu erhalten. Obwohl Pankow die besten Voraussetzungen für die Neuansiedlung von Industrieunternehmen aufzuweist, d.h. ausreichend Flächen, gute verkehrliche Anbindungen und die Synergiepotenziale mit bestehenden Firmen, sehe ich aufgrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Flaute nur begrenzt Chancen für Neuansiedlungen. Aber jeder Investor, der kommt, wird von uns gut betreut.

*Die PDS will im Senat die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik enger miteinander verzahnen. Wie sieht es damit im Bezirk aus?*

Die Verbindung kann auch der Bezirk herstellen, wenn er sich kreativ um andere Geldquellen als den Landeshaushalt bemüht. Das bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit ist in meiner Abteilung angesiedelt. Mit diesen Geldern können wir bspw. Initiativen unterstützen, die in den Kiezen aktiv sind. Damit helfen wir, dass sich Stadtteilgenossenschaften gründen, die verschiedene Dienstleistungen für die Kiezbewohner erbringen, z.B. Kleinstreparaturen oder Informationsdienste. Insgesamt konnten wir im vergangenen Jahr 220.000 Euro an Anschubfinanzierung für solche Projekte akquirieren.

*Für welche Projekte wurden beispielsweise EU-Fördermittel eingesetzt?*

Nur ein Beispiel: Etwa 250.000 Euro werden eingesetzt für das berlinweit einmalige Pilotprojekt eines Onlineportals [www.pankowwirtschaft.de](http://www.pankowwirtschaft.de). Pankower Unternehmer können sich schnell und seriös alle für sie wesentlichen Informationen beschaffen, z.B. Antragsformulare aus dem Internet herunterladen. Sie können sich aber auch auf den bezirkseigenen Internetseiten selbst darstellen.

Interview: Andreas Bossmann



Wirtschaft im Bezirk

## Wirtschaft ist wie Krimi

extraDrei sprach mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der PDS-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), Wolfram Kempe.

Wolfram Kempe lacht herzlich, als er gefragt wird, wie er zum Politikfeld Wirtschaft gekommen ist. „Weil es kein anderer 1999 machen wollte.“ Inzwischen hat er Gefallen an diesem Thema gefunden.

Zu Beginn war sein journalistischer Spürsinn gefragt, als es in einem Sonderausschuss der BVV Prenzlauer Berg um das EU-Projekt REACT ging. Die Verordneten stoppten das Projekt, um die Zweckentfremdung der Fördermittel für rein privatwirtschaftliche Zwecke zu verhindern. Kempe musste sich in viele rechtliche Details hineinarbeiten und stellt rückschauend fest: „Wirtschaft ist manchmal wie Krimi.“

Inzwischen konzentriert er sich auf die bezirklichen Märkte. Noch vor zwei Jahren arbeiteten diese defizitär. Inzwischen erwirtschaften sie Gewinne, die nach BVV-Beschlüssen in die arg gebeutelte bezirkliche Wirtschaftsförderung fließen. Ausgehend vom PDS-

Wahlprogramm setzt Kempe sich besonders für die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe ein. Auf den Märkten können regionale Erzeuger vor allem frische Produkte anbieten – und das auf kurzen Transportwegen. Die Produzenten erhalten damit eine reale Chance im Wettbewerb mit den Großhandelsketten.

Bezirkliche Wirtschaftspolitik hat aber ihre Grenzen. „Die Ansiedlungen großer Unternehmen ist Aufgabe des Senats, wir im Bezirk müssen uns um die weichen Standortfaktoren kümmern“, sagt Kempe. Dazu zählen eine unbürokratische Verwaltung, verlässliche politische Partner und ein gutes kulturelles Umfeld. In Bezug auf die Verwaltung hat der Wirtschaftsausschuss in der Vergangenheit Auswüchse bekämpft. Kempe nennt als Beispiel die Reduzierung des Negativkatalogs, mit dem das Tiefbauamt den Straßenhandel an bestimmten Orten unterbinden wollte. So durfte bspw. ein Würstchenhändler mit Bauchladen auf der Schönhauser Allee deswegen nicht verkaufen, weil er damit angeblich den Umsatz der Imbissläden in den Allee-

Arkaden schmälern würde. „Mit diesem irrsinnigen Eingriff in die Wirtschaft haben wir Schluss gemacht.“ Aber auch die Genehmigungspraxis des Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsamtes bei Neueröffnungen von Gaststätten hält Kempe für zu restriktiv. „Gaststätten sind nicht nur wichtig für das Image des Bezirkes, sondern spielen eine wesentliche Rolle bei der Ansiedlung neuer Firmen. Nach der Arbeit wollen die Mitarbeiter schließlich in einem gepflegten Umfeld entspannen. Deswegen suchen sich die Firmen ihre Standorte gezielt aus.“

Trotz aller Konflikte mit der Verwaltung schätzt Kempe die Zusammenarbeit der Fraktionen, des Wirtschaftsausschusses und der Wirtschaftsstadträtin mit PDS-Mandat als sehr positiv ein. „Die Stadträtin agiert offen und zuverlässig und hat die Ämter gut im Griff.“

Kempe muss wieder lachen auf die Frage, was er sich für die Zukunft vornimmt. „Kommt drauf an, welcher Unsinn gerade passiert. Die nächsten Brocken kommen, auch wenn ich sie noch nicht kenne.“

Andreas Bossmann



Wolfram Kempe

## Arbeitsplätze bedroht

Ein Dringlichkeitsantrag des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen zum Erhalt des Gewerbestandortes Greifswalder Straße 200 wurde zu Beginn der letzten Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 28. Januar behandelt. Ein Kfz-Betrieb, eine größere Malerfirma und zwei kleinere Handwerksbetriebe mit insgesamt mehr als fünfzig Beschäftigten sollen das Grundstück räumen.

Bis vor wenigen Jahren befand sich das Grundstück im Besitz des katholischen Bistums Berlin. Die Gewerbetreibenden errichteten mit Zustimmung der Kirche weitere gewerblich genutzte Gebäude. Zusätzliche Arbeitsplätze konnten

dadurch geschaffen werden. Doch das Bistum Berlin geriet in finanzielle Notlage und verkaufte das Grundstück an das Bistum Köln und dieses wiederum an ihr Tochterunternehmen, die Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft mbH.

Diese Gesellschaft plant nach vorliegenden Auskünften den Abriss des bestehenden Gewerbestandortes und die Errichtung von Wohngebäuden. Alle bisherigen Versuche der Gewerbetreibenden, ihren Standort zu retten, schlugen fehl. Selbst nach der dritten Gerichtsinstanz konnte kein Weg gefunden werden.

Nach dem Willen der Mehrheit der Bezirksverordneten – gegen die Stim-

men der FDP und bei Stimmenthaltung der CDU – muss alles versucht werden, um die Vernichtung der fünfzig Arbeitsplätze an diesem Standort zu verhindern. Das Bezirksamt erhielt deshalb den Prüfungsauftrag, nach geeigneten öffentlich-rechtlichen Möglichkeiten zur Sicherung dieses Gewerbestandortes zu suchen. Des Weiteren muss das Gespräch mit der katholischen Kirche über ihren Beitrag zum Erhalt von Arbeitsplätzen gesucht werden.

Thomas Goetzke  
Bezirksverordneter



extraDrei im Gespräch mit Wirtschaftssenator Harald Wolf (PDS)

## Kein Investorenschreck



*Harald, Du bist Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen und demokratischer Sozialist. Bist Du ein Investorenschreck?*

Nein. Seit das Wirtschaftsressort von mir geführt wird, haben sich eine Reihe internationaler Unternehmen in Berlin niedergelassen. Ich nenne nur Coca Cola, MTV und Universal als Beispiele. In den Verhandlungen mit diesen Investoren habe ich keine Furcht vor einem PDS-Senator gespürt.

*Wo willst Du mit der industriearmen Stadt Berlin hin?*

Industrie bleibt wichtig für Berlin. Ohne sie kann auch der Dienstleistungssektor nicht leben. Trotzdem: Es wird nicht über Nacht alles besser. Wir dürfen nicht nur auf den großen Investor von außen hoffen. Wir müssen vielmehr die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die hier ansässige Industrie neue Arbeitsplätze schafft.

*Wo setzt Du in Deiner Wirtschaftspolitik Prioritäten, damit Beschäftigung wächst?*

Wir müssen diejenigen Branchen weiter stärken, in denen Berlin international bereits mithalten kann. Das sind vor allem Verkehrstechnik,

Medizin- und Biotechnologie, Musik, Medien und Informationstechnologie. Dazu kommt noch der Bereich Tourismus, Messen und Kongresse. Ich will also Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur vernetzen.

*Ein gesondertes Problem in diesem Zusammenhang: Was macht Deine Verwaltung gegen den Lehrstellenmangel?*

Wir fördern mit mehr als 30 Mio. Euro pro Jahr die Bereitstellung von Lehrstellen in der Wirtschaft. Rechnet man die Vorbereitung nicht ausbildungsfähiger Jugendlicher in Qualifizierungsmaßnahmen dazu, kommt man auf fast 60 Mio. Euro im Jahr. Mehr kann das Land Berlin nicht leisten. Daher habe ich mich für eine Ausbildungsplatzumlage ausgesprochen. Das heißt: Wer nicht ausbildet, soll zahlen.

Zudem habe ich mit der Berliner Wirtschaft vereinbart, dass wir uns gemeinsam darum bemühen, Jugendliche gezielter zu vermitteln und auf die Berufsausbildung vorzubereiten.

*Die Bezirke verweisen darauf, dass Wirtschaftspolitik im Land gemacht wird. Stimmt Du Dich mit den Bezirken über die Unterstützung von Ansiedlungen ab?*

Ja. Die Zusammenarbeit mit den Bezirken bei Investitionsvorhaben ist eine der wichtigsten Aufgaben der ZAK, der Zentralen Anlauf- und Koordinierungsstelle, in meiner Verwaltung. Als Wirtschaftssenator lasse ich es mir auch nicht nehmen, Unternehmen in den Bezirken zu besuchen. Zudem veranstalte ich den „Wirtschaftsdialog vor Ort“ in Zusammenarbeit mit den Bezirken, es gibt regelmäßige Abstimmungsgespräche mit den Wirtschaftstadträten. Ich wünsche mir aber auch noch mehr eigene Initiativen der Bezirke zur regionalen Wirtschaftsförderung vor Ort.

*Der Senat will einen Schwerpunkt bei der Entwicklung des Wirtschafts-, Wissenschafts- und Gesundheitsstandorts in Buch setzen. Die Verantwortlichkeit dazu liegt*

*auf Deinem Tisch. Wie sehen die Pläne für Buch aus?*

Noch ist die Zuständigkeit für Buch nicht von der Stadtentwicklungsverwaltung an mich übergegangen. Aber das wird demnächst der Fall sein. Wir wollen Buch zu einem Standort ausbauen, wo wissenschaftliche Forschung, wirtschaftliche Anwendung von Forschungsergebnissen und die Krankenbetreuung Hand in Hand gehen. Ein Beispiel: Die Helios-Kliniken investieren dort gerade 200 Mio. Euro in ein neues Krankenhaus. Wir haben die Chance in Buch, einen international einzigartigen Standort für die Lebenswissenschaften aufzubauen. Die werden wir nutzen.

*Viele beschwerten sich über zu viel Bürokratie. Was willst Du Berlin attraktiver für Investoren machen?*

Ich habe meine Verwaltung und die Wirtschaftsförderung außerhalb der Verwaltung so umorganisiert, dass es im Grunde nur noch zwei Anlaufstellen für Investoren gibt: Die Wirtschaftsförderung Berlin International ist für Investorenanwerbung und Außenwirtschaftsförderung zuständig. Die Zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle (ZAK) in meinem Haus betreut Investitionsvorhaben auf dem Weg durch die Verwaltungsinstanzen. Beide Institutionen arbeiten sehr eng zusammen.

*Bist Du lieber Senator für Wirtschaft, für Arbeit oder für Frauen?*

Da gibt es keine Prioritäten. Die drei Politikbereiche überschneiden sich in vielen Punkten. Nur ein Beispiel: Die Wirtschaftsverwaltung alten Zuschnitts veröffentlichte jedes Jahr einen Wirtschaftsbericht. Im vergangenen Jahr haben wir erstmals einen Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht herausgebracht. Nun ist es eines unserer aktuellen Projekte, diesen Bericht auch unter Gender-Aspekte zu stellen, z.B. die Frage zu prüfen, welche Rolle das Geschlecht bei Wirtschaftsförderprogrammen spielt.

Interview: Sandra Brunner

Vorgestellt

## Freundeskreis Mauerpark

Seit fünf Jahren treffen wir Anwohner uns regelmäßig als Freundeskreis Mauerpark. Wir diskutieren und lösen Probleme des Mauerparks mit den Behörden, beteiligten Firmen, Bürgern und dem Quartiersmanagement. Auf positive Ergebnisse können wir mit Stolz verweisen: die Fortsetzung der Pflege und Instandhaltung des Parks trotz klammer kommunaler Kassen, die Förderung der Arbeit mit den Jugendlichen sowie die Begrenzung von Großveranstaltungen im Mauerpark.

Seine besondere Attraktivität hat der Mauerpark nicht nur der einmalig offenen Gestaltung zu verdanken, sondern auch der durch die Initiative des Freundeskreises verwirklichten Projekte, wie die Streetball-Anlage, der Boule-Platz, der Hundespielplatz sowie der Senkgarten und der Kletterfelsen, der im April eröffnet wird. Das Hauptziel unserer Arbeit lassen wir dabei nicht aus den Augen: Der Mauerpark muss weg vom Image „Park

der Randale“ und für alle Anwohner ein Ort der Erholung und Entspannung werden.

Wurde 2001 die Erweiterung um den vierten Bauabschnitt erfolgreich erkämpft, stellt sich nun eine neue Hürde auf: Der Bezirk Mitte plant zusammen mit der Immobilienfirma der Deutschen Bahn Vivico die Errichtung von Wohngebäuden auf dem für den Mauerpark vorgesehenen zweiten und dritten Bauabschnitt. Wir Bürger sollen mit einem lediglich 30 Meter breiten Streifen Mauerpark von der Bernauer Straße bis zum Gleimviertel abgespeist werden. Das widerspricht dem Flächennutzungsplan, dem 1990 beschlossenen Gesamtplan des Architekten Professor Gustav Lange sowie der beschlossenen „grünen Idee“ vom durchgehenden und die Stadtbezirke verbindenden ehemaligen Mauerstreifen.

Der Freundeskreis Mauerpark ist gegen die Entscheidung von Mitte. Die derzeitige Übernutzung des

Mauerparks erfordert unbedingt seine Erweiterung. Gerade Familien mit kleinen Kindern und ältere Anwohner benötigen die geplanten beruhigenden Parkflächen.

Der Mauerpark darf nicht zu einer teilfertigen Bau ruine verkommen. Weddinger dürfen nicht um ihre Grünflächen betrogen werden.

Wir kämpfen derzeit mit anderen Bürgerinitiativen aus Mitte und Pankow um die Durchsetzung der planmäßigen Bebauung. Wer mitmachen will: Unsere nächste Zusammenkunft findet am 9. März um 18.30 Uhr im Stadtteilbüro Gleimstraße 46 statt.

*Bodo Schliepke*  
Freundeskreis Mauerpark



## In der Pflicht

Seit ich Ausschussvorsitzender bin, haben sich die finanziellen Mittel für gesundheitlich und sozial Benachteiligte im Bezirk mehr als halbiert – und das trotz ständig wachsendem Bedarf. Obwohl uns die finanzielle Mangelsituation das politische Agieren als solidarische Partei nicht leicht macht, verlieren wir die prekäre Lage der Bedürftigen und die Wahlaussagen der PDS nicht aus dem Auge.

Die letzten zwei Jahre waren in finanzieller Hinsicht besonders dramatisch: So mussten Wege gefunden werden, um die Seniorenbegegnungsstätten zu erhalten, obwohl die Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft bis 2005 geschlossen werden. Als Alternative bot sich an, die Begegnungsstätten zur Weiterführung an freie Träger zu übergeben. Um das realisieren zu können,

hat sich ein Trägerverbund, bestehend aus dem Kulturverein Prenzlauer Berg e.V., der Volkssolidarität, Lebenswert e.V. und der Seniorenstiftung Prenzlauer Berg, gebildet. Dieser wird die Einrichtungen in der Grellstraße, der Paul-Robeson-Straße und in der Langhansstraße weiter betreiben. Das reicht jedoch nicht aus.

Der Bevölkerungsanteil der Senioren in unserem Bezirk wird bald 30 Prozent erreichen. Zudem stehen auch in anderen Ortsteilen Seniorenbegegnungsstätten vor der Schließung. Da vom Senat derzeit keine finanzielle Hilfe zu erwarten ist, arbeitet die Arbeitsgruppe Soziales der PDS-Fraktion an einem Konzept zur Stärkung der Stadtteilzentren. Hier sollen zukünftig Angebote für sozial Benachteiligte, Senioren und Jugendliche entwi-

ckelt werden. Wir erwarten davon nicht nur eine Bündelung der noch vorhandenen finanziellen Mittel, sondern auch eine bessere Ausstrahlung dieser Einrichtungen auf das Gebiet.

Im Gesundheitsbereich steht für die PDS das Ringen um den Erhalt des Krankenhauses Prenzlauer Berg als Kiezkrankenhaus im Mittelpunkt. Das wird umso schwerer, da der landeseigene Krankenhausbetrieb VIVANTES in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist. Die PDS-Fraktion wird sich in jedem Fall für unser Krankenhaus stark machen.

Täglich werden wir mit neuen sozialen Problemen konfrontiert. Manchmal könnte man verzagen, aber ich fühle mich in der Pflicht.

*Joachim Hildenstein*  
Bezirksverordneter



Joachim Hildenstein ist Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Soziales der BVV.

Aktionsplan gegen Rechts

## Druck auf allen Ebenen



Auf Anregung der PDS-Fraktion ist der „Lokale Aktionsplan Pankow – Für Demokratie und Toleranz, Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ nun in den Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) angekommen.

Im Ausschuss für Gleichstellung und Migration wurde erstmals konkreter über die geplante Umsetzung berichtet. Es wurde deutlich, dass Teile des Bezirksamtes nur halbherzig gewillt sind, den Aktionsplan der Pankower Bevölkerung nahe zu bringen. Damit wird eine erfolgreiche Umsetzung des Planes konterkariert. Auch ist dies umso schwerer zu verstehen, als doch offensichtlich viele Menschen zu wenig dafür sensibilisiert sind, was ihre Mitbürger an rassistischen und antisemitischen Alltäglichkeiten erleben. Es ist dringend notwendig, die Öffentlichkeit an diese Problematik heranzuführen und ihr Interventionsmöglichkeiten aufzuzeigen. Denn die Verwaltung kann den Aktionsplan gegen Rechts nicht alleine umsetzen und damit eine Veränderung des gesellschaftlichen

Klimas im Bezirk erreichen. Natürlich gibt es auch Bereiche, in denen die Handlungsspielräume des einzelnen Bürgers beschränkt sind. Bspw. wenn es darum geht, die Auseinandersetzung mit rechten und demokratiegefährdenden Ideologien ausdrücklich zu einem Qualitätskriterium in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu machen. Dies muss Fachöffentlichkeit, Verwaltung und Politik leisten.

Im Ausschuss wurde auch deutlich, dass konkrete Ergebnisse zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Lokalen Aktionsplanes nicht vor Ende 2004 zu erwarten sind. Diese Zeit ist notwendig. Aber ich werde das Augenmerk auch darauf legen, dass „die Mühlen der Verwaltung diesen Plan nicht zermahlen“.

Der politische Druck muss aufrecht erhalten werden, auch in der Verwaltung. Hier sind Bezirksverordnete auch auf den politischen Willen der Leitung des Bezirksamtes angewiesen. Erwartungen müssen gleichermaßen von dort

deutlich an die Verwaltung formuliert und eingefordert werden.

Neben den Möglichkeiten in der BVV halte ich es für dringend notwendig, auch in außerparlamentarischen Gremien aktiv zu bleiben und von dort die Umsetzung des Aktionsplanes zu unterstützen. Eine der größten Herausforderungen wird jedoch darin bestehen, die



notwendige Finanzierung der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans über das Jahr 2004 hinaus sicherzustellen. Wir stehen vor dem Problem, ein längerfristiges Überleben derjenigen Projekte sichern zu wollen, die sich schon in der Vergangenheit mit der im Aktionsplan beschriebenen Problematik auseinandergesetzt und dies bis heute tun. Sie sind das Fundament für eine erfolgreiche Umsetzung des Planes.

*Ines Pohl*  
Bezirksverordnete

## Mal nach den Rechten schauen



Das Auftreten von rechten Tendenzen im öffentlichen Raum wird immer wieder beklagt. Und das zu Recht. Aber wie ist das eigentlich mit rechten Jugendlichen in Jugendklubs? Hilft da Verdrängung der Jugendlichen? Oder ist es besser, die viel gescholtene „akzeptierende Jugendarbeit“ anzuwenden?

Der Jugendklub Mahlerstrasse 20 im Ortsteil Weißensee praktiziert eine Mischung aus beidem. Offensichtlich „rechte“ Jugendliche, die

sich anhand von Kleidung und Äußerungen als solche zu erkennen geben, wird der Aufenthalt im Klub unangenehm gestaltet – mit Anti-Rechts-Postern, Klub-Verbot bei Verwendung eindeutig rechter Symbole und gezielter Ansprache von Mitarbeitern. Dazu war es natürlich nötig, dass sich die Mitarbeiter in Bezug auf rechte Symboliken fortbilden.

Jugendliche, die dem rechten Mainstream folgen, werden Alternativen aufgezeigt, um ein tolerantes und friedliches Miteinander zu lernen und zu leben. Des weiteren positioniert sich der Jugendklub mit diversen Aktionen und Projekten eindeutig gegen Rechts. So fanden im Jahr 2003 u.a. Ausstellungen

und Lesungen sowie Mediations- und Anti-Gewalttraining statt. Wir nahmen am Friedensfest teil. Weiterhin gab es einen Video-Workshop im Jugendklub mit dem Titel „(Über)Leben im Nationalsozialismus – homosexuelle Biographien im Nationalsozialismus, der vom „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ als vorbildlich ausgezeichnet wurde.

Also: Es gibt viele Möglichkeiten, sich auch im normalen Arbeitsalltag eines Jugendklubs eindeutig zu positionieren. Es kostet zwar Kraft und ein Höchstmaß an Aufmerksamkeit, aber es lohnt sich. Mehr Informationen auf:

[www.jfe-mahlerstrasse20.de](http://www.jfe-mahlerstrasse20.de)  
A.S.



Europawahl

# PDS bietet politische Alternative

Zwei geschlagene Tage haben die PDS-Delegierten auf dem Berliner Europaparteitag Ende Januar zugebracht, haben das Wahlprogramm verabschiedet und die Kandidatenliste aufgestellt. „Die PDS hat am vergangenen Wochenende den inhaltlichen und personellen Grundstein für ihren Wiedereinzug in das Europäische Parlament gelegt. Auf dieser Grundlage beginnt ab heute ein offensiver selbstbewusster Wahlkampf, in dessen Mittelpunkt die soziale Frage stehen wird“, so der Parteivorsitzende Lothar Bisky nach dem Parteitag.

Mit dem Wahlprogramm positioniert sich die PDS als proeuropäische Partei, die der neoliberalen und aufgerüsteten EU die Idee eines sozialen, friedlichen und demokratischen Europas entgegensetzt. Sie macht Vorschläge für eine umfassende Demokratisierung der europäischen Institutionen und will eine Volksabstimmung zur EU-Verfassung. Statt Interventionstruppen aufzubauen, steht die PDS für ein Europa der zivilen Konfliktlösung. Sie kämpft um einen europäischen

Sozialstaat, in dem die Privatisierung von sozialen Risiken keine Chance hat.

Die Spitzenkandidatin und erfahrene Europaabgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann bemerkte dazu: „Aus der Europäischen Zentralbank tönt es, der Standortwettbewerb müsse belebt werden. Alle sozialen Sicherungssysteme müssten endlich EU-weit ‘reformiert’ – sprich demontiert – werden, und ohne Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer gehe gar nichts mehr. Das machen wir nicht mit! Europa muss ein Soziales Europa werden. Dafür stehen wir.“

Der auf Platz sechs der Europaliste gewählte André Brie ergänzte: Wer wirklich Nein sagen wolle zur Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung, müsse Ja sagen zur PDS. Wer nicht nur ein bisschen Antikriegspolitik, sondern die ganze haben wolle, der müsse am 13. Juni sein Kreuz bei der PDS machen. Brie warnte vor Selbstzufriedenheit und machte deutlich, dass die PDS noch nicht über ihre Niederlage von 2002 hinweg sei. „Wir



müssen es schaffen, dass die Menschen sagen, wenn auch mit anderen Worten: Diese Politik ist geil.“

Mit Helmut Markov, dem „Mr. Wirtschaft der PDS“, der Regionalpolitikerin Gabi Zimmer und dem parteilosen Friedensforscher Tobias Pflüger wurden weitere kompetente PolitikerInnen für die PDS aufgestellt. Dabei ließen sich zwar Konkurrenzsituationen von Personen nicht vermeiden, das ist normal und jetzt vorbei. Die KandidatInnen der PDS brauchen jetzt die Unterstützung der gesamten Partei. Wir wollen den Wiedereinzug ins Europaparlament schaffen.

*Sandra Brunner*

## Europa gestalten

Wenn am 13. Juni das Europäische Parlament gewählt wird, wird eine wichtige Weiche gestellt: Sie wird zeigen, ob der Zug für die PDS auf's Abstellgleis fährt oder ob er wieder Fahrt zu einer bundesweiten linken Partei aufnimmt. Ziel der PDS ist es, die Fünf-Prozent-Hürde am 13. Juni zu knacken.

Um dieses Ziel zu unterstreichen, war Sylvia-Yvonne Kaufmann, Europa-Abgeordnete der PDS, zu Gast in der PDS Pankow. Engagiert referierte sie über die Aufgaben und Probleme des Wirkens der PDS-Vertreter im Europäischen Parlament. Ziel ihrer Arbeit ist ein sozialeres, demokratischeres und vor allen Dingen friedliches Europa.

Bedenkt man, dass sechzig Prozent aller kommunalpolitischen und

achtzig Prozent aller bundesstaatlichen Entscheidungen von Brüsseler Beschlüssen beeinflusst werden, dann muss für eine linke Partei Europapolitik auch Kommunalpolitik sein. Vom Europäischen Parlament werden bspw. wichtige Rahmenbedingungen für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik geschaffen.

Sylvia-Yvonne Kaufmann machte deutlich, dass die PDS die bundespolitischen Auseinandersetzungen um die Hartz-Gesetze oder die Gesundheitsreform mit Europa verbinden müsse. Denn auch soziale Standards werden in Brüssel verabredet. Die PDS müsse der vielfach geäußerten Auffassung entgegenreten, dass Europa nicht so wichtig sei.

Ein großes Thema der letzten Jahre war die Reform der politisch-administrativen Strukturen in Europa. Sylvia-Yvonne Kaufmann, die im Konvent den Entwurf für eine Europäische Verfassung miterarbeitet hat, verwies auf den Kompromisscharakter des vorliegenden Vertragstextes. Der Knackpunkt des Vertragswerkes sei die Machtfrage. An ihr sei die Regierungskonferenz der europäischen Staaten im November gescheitert. Für die PDS biete sich deshalb die Chance, im Europa-Wahlkampf über den „Inhalt von Europa“ zu reden. Die Ver tagung der Debatte des Verfassungsentwurfes biete die Möglichkeit, sich in die Gestaltung Europas richtig einzumischen.

*Renate Tepper*



In Kürze

# Alltag im Bezirk



## ■ Neue Ampel

Eine provisorische Ampel wurde Ende Januar auf der Schönhauser Allee in Höhe Wörther Straße in Betrieb genommen. Für die Lichtzeitanlage hatte sich die Schulkonferenz der Grundschule am Kollwitzplatz eingesetzt, nachdem der Unterricht aller Klassen wegen der begonnenen Sanierungs-

arbeiten in anderen Gebäuden stattfinden muss.

Ermöglicht wurde das Projekt durch die Kooperation mit Schulamt und Straßenverkehrsbehörde und der Gesellschaft für Straßenverkehrssicherung mbH & Co.

## ■ Wohlfühl-Schulhof

Ein nach Umweltaspekten neu gestalteter Schulhof wurde nach fünf Monaten Bauzeit im Dezember der Schule an der Strauchwiese in Niederschönhausen übergeben. An der Planung und Realisierung der Arbeiten unter umwelpä-

dagogischen Gesichtspunkten waren die Schüler beteiligt. Es entstanden Aufenthalts- und Spielbereiche wie etwa ein Baumlehrpfad, ein Obstgarten und eine offenes Klassenzimmer. Zudem wurden Flächen entsiegelt, eine Regenwassernutzungsanlage angelegt sowie Sträucher und Bäume gepflanzt.

Die 2,5 Mio. Euro teure Maßnahme wurde zu neunzig Prozent aus dem Umweltentlastungsprogramm (UEP) des Landes Berlin, der übrige Teil aus dem Bezirkshaushalt finanziert.

## ■ Wirtschaftsportal

Bezirksstadträtin Almuth Nehring-Venus (PDS) und die PSI UBIS AG präsentierten Ende Januar das Wirtschaftsportal für Pankower Unternehmerinnen und Unternehmer. Als Bezirk betritt Pankow mit diesem Dienstleistungsangebot der Wirtschaftsförderung Neuland.

Das Projekt wird gefördert über das Berliner Programm „Förderung wirtschaftsdienlicher Maßnahmen im Rahmen Bezirklicher Beschäftigungsbündnisse für Wirtschaft und Arbeit“. Das Vorhaben wird vom Europäischen Fonds für regi-

onale Entwicklung (EFRE) kofinanziert.

## ■ Sozialamt vereinigt

Das Pankower Sozialamt in der Duseckestraße 43 ist seit 26. Januar 2004 dauerhaft geschlossen. Ab Februar ist der Bereich Materielle Hilfe des Sozialamtes für den gesamten Bezirk in der Fröbelstraße 17 erreichbar, arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger werden weiterhin vom Fallmanagement des Sozial- und Arbeitsamtes in der Straßburger Straße 56, ebenfalls in Prenzlauer Berg, betreut.

## ■ Berliner Zimmer

Anlässlich seines 30jährigen Bestehens glänzt das Panke Museum in der Heynstraße 8 mit einer neuen Ausstellung. Noch bis Mitte September kann die Ausstellung „Ein Fenster zum Hof – Das Berliner Zimmer um 1900“ besucht werden. Gezeigt werden Fotos und Exponate die das Berlin-typische Durchgangszimmer um die Jahrhundertwende darstellen.

Das Museum hat dienstags, donnerstags und sonntags geöffnet.

# Klemke-Ausstellung

Eine sehenswerte Ausstellung wird noch bis zum 27. Februar im Weißenseer Kulturhaus Peter Edel dargeboten. Erstmals geben vier Generationen der Künstlerfamilie Klemke einen Einblick in ihr breitgefächertes Schaffen. Das Hauptaugenmerk der Ausstellung gilt dem „Urgestein der Familie“: dem Buch-Illustrator, Zeichner und Grafiker, dem langjährigen Lehrer an der Kunsthochschule Weißensee, Professor Werner Klemke. Es sind die unterschiedlichsten Aspekte, die sich in den ausgestellten Objekten wiederfinden: Von den erzählerischen Motiven der Großmutter Gertrud Klemke-Stremlau bis hin zur Tochter- und Enkelinnengene-

ration ist es das Anliegen aller, sich immer wieder auszuprobieren und auf den Betrachter Kraft und Lebensfreude zu übertragen.

Die Ausstellung wurde im vorigen Monat mit einer Rede der Enkelin Werner Klemke's eröffnet. Und es spricht für die künstlerische Souveränität der Familie Klemke, dass die einleitende und später begleitende Musik von Felix Klemke komponiert wurde. Erwähnenswert: Am Klavier Daniel Kallocks, ein Freund der Familie, der es verstand, für einen würdigen Rahmen zu sorgen. Ein Abstecher ins Kulturhaus lohnt sich also für den Besucher: Täglich in der Berliner Allee 125 ab 11.00 Uhr.



Vermischtes

# Leserbriefe

## ■ Gedenk-Bitte

Die auf dem Grundstück Liebermannstraße 30 in Weißensee befindliche Stele zum Gedenken an drei von den Faschisten ermordete Betriebsangehörige der ehemaligen Stahlbaufirma Erwin Auert konnte durch die verständnisvolle Haltung der Investoren beim Aufbau des Wohngebietes an dieser Stelle erhalten werden. Sie wurde aber im Verlaufe der Jahre durch das Entfernen von Metallteilen beschädigt, im Jahre 2002 auf unseren Antrag hin jedoch durch das Bezirksamt trotz knapper Gelder wieder hergestellt.

Vorgesehen ist nun die Anbringung einer Zusatztafel, die den Grund der Errichtung näher erläutern soll. Die Fugen zwischen den Ziegeln, aus denen die Stele besteht, haben allerdings seit ihrer Errichtung gelitten. Es wäre dringend notwendig, sie neu zu verfüllen.

Daraus ergibt sich die Bitte, dass sich – selbstverständlich nach Eintritt dafür geeigneter Witterung – dafür ein freiwilliger Helfer findet. Wir würden uns freuen, wenn wir dazu ein Angebot erhalten würden.

*Sigrid Weise*

Heimatsfreunde Weißensee

## ■ Schulentwicklungsplanung

extraDrei, Dezember-Ausgabe, Seiten 2 und 8

Liebe Genossinnen und Genossen, vor mir liegt die Dezember Ausgabe der extraDrei. Ich bin sehr froh, dass im Erscheinungsbild dieser kleinen Zeitschrift Fortschritte sichtbar geworden sind.

Für gut halte ich, dass sich extraDrei mit der Problematik der Schließung bzw. Fusionierung von Oberschulen beschäftigt. Das ist ein Thema, das heftige Emotionen hervorruft, denen der Bericht von Katja Schmitt auf Seite 2 kaum gerecht werden dürfte. In den Beiträgen von Thoralf Sahn und Sandra Brunner auf Seite 8 stellen sich die Probleme auch viel schärfer dar. Wenn ihr

drei Beiträge mit unterschiedlicher Aussage abdruckt, dann stellt sie doch bitte nebeneinander und versucht, die Quintessenz besser zu verdeutlichen.

Laut Sandra Brunner hält Michael van der Meer die geplante Fusion von drei Gymnasien nicht für zweckmäßig, weil wir ab 2009 wieder alle Schulen brauchen. Dann kann man aber die Darstellung im Beitrag von Katja Schmitt von einer (nach Meinung von drei Fraktionen) „maßvollen“ Reduzierung der Gymnasialstandorte von elf auf acht nicht verstehen; und der Änderungsantrag der PDS, nachdem die Anmeldung für die siebten Klassen an allen Schulstandorten ermöglicht werden soll, erscheint als Trostpflasterchen, wo doch eine Entscheidung auf der Grundlage wenigstens mittelfristiger Planung erforderlich wäre.

Hier entsteht der Eindruck, dass die BVV nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben ist. Wenn das so ist, dann dürfte extraDrei das aber auch kritisch benennen.

*Hans-Lothar Pones*

## ■ Kompass sucht

Vor etwas mehr als einem Jahr entschlossen sich drei langjährige und erfahrene Genossen, eine neue PDS-Basisorganisation (BO) zu gründen. Man überlegte sich, dass eine Konzentration auf themenorientierte Arbeit eine gute Basis für ein solches Vorhaben bilden könnte.

Nun ist diese Idee vielleicht nicht ganz neu, aber unsere drei Genossen begannen die Werbetrommel zu rühren. Es dauerte auch nicht sehr lange und es stießen vier dynamische Neu-Genossen dazu. Unsere neue BO Kompass war gegründet. Die Mitglieder wohnen gut in Berlin verteilt, was dann letztlich zu unserem Namen passt. Wir kommen aus den unterschiedlichsten beruflichen Bereichen. Arbeitnehmer sind genauso vertreten wie Selbstständige oder Studenten. Wir tref-

fen uns regelmäßig und überlegen uns, auf welche Schwerpunkte unsere Arbeit zugeschnitten werden kann.

Die wichtigsten Themen unserer Meinung nach sind u.a. das kulturelle Angebot,

die Sozialpolitik, Fragen der Migration und auch die Jugendpolitik im Bezirk. Viele Anregungen und Sachstandsmeldungen, wie es in unserem Bezirk diesbezüglich aussieht, erhalten und erfahren wir meist aus erster Hand. Da sowohl Bezirksverordnete als auch Mitglieder aus dem PDS-Bezirksvorstand bei uns mitarbeiten, sind wir ziemlich gut mit derartigen Informationen ausgestattet.

In diesem Jahr liegt natürlich auch bei uns der Schwerpunkt auf den Europawahlen. Diese wollen wir, soweit möglich auch aktiv unterstützen.

Da unsere BO zahlenmäßig noch recht dünn besetzt ist, ist es natürlich nicht einfach große Aktionen oder Projekte zu organisieren. Wir lassen uns aber deshalb nicht unterkriegen. Trotzdem freuen wir uns auf weitere Interessenten, die vielleicht Lust haben, uns zu unterstützen.

*Andreas John*

BO Kompass

## ■ Volkssolidarität sammelt

In der Zeit vom 28. Februar bis 28. März findet wieder die Sammlung der Volkssolidarität statt. Unsere Helfer bitten Sie um kleine Spenden in den Straßen und Wohnhäusern, damit die Hilfe und Unterstützung der Kranken und Alten in unserem Bezirk auch weiterhin garantiert ist.

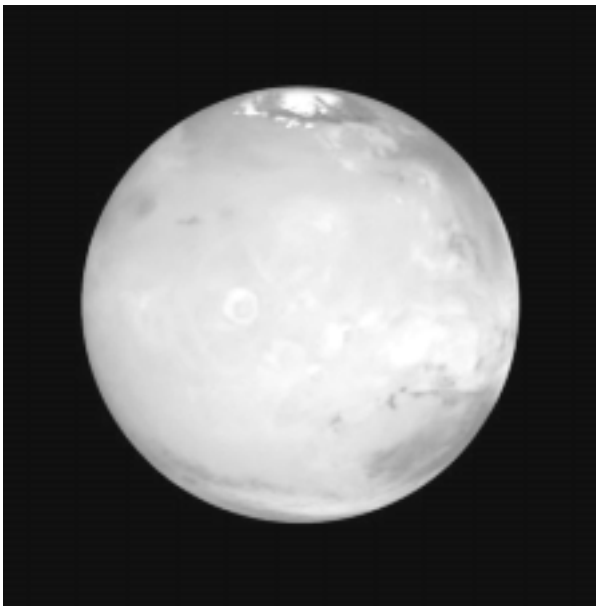
Wir würden uns freuen, wenn Ihr und Sie unsere Sammler bei dieser Aktion unterstützen könnten.

*Ortrud Georgy*  
Volkssolidarität



Unter Beobachtung

# Himmlisches und Irdisches



Und wenn es auf dem Mars doch kleine grüne Männchen gibt? Dann werden sie ganz neugierig auf die Landeroboter der US-Amerikaner schauen und einen von ihnen damit zur Erde schicken. Der landet dann

– wie könnte es auch anders sein – erwartungsfroh und mit friedlichen Absichten in den USA.

Doch von Euphorie über diesen Besuch ist bei den amerikanischen Erdlingen keine Spur. Erst muss dieser Eindringling vom Heimatschutz und der Einreisebehörde auf mögliche terroristische Absichten überprüft werden. Kann ja nicht jeder so mir nichts dir nichts vom Himmel fallen und den Bush einfach mal eben sprechen wollen. Stundenlang wird der Kleine ausgequetscht. Der aber versteht gar nichts. Und als man ihm dann die Einreiseformulare vorlegt, kreuzt er in Unkenntnis da an, wo es eigentlich keiner machen soll, nämlich: Haben Sie die Absicht, in den USA terroristische oder unsittliche Handlungen zu begehen?

Daraufhin schafft man ihn außer Landes. Und er wäre wohl noch bis zu seinem Tode auf Guantanamo,

wenn die Europäer ihn nicht eingeladen hätten. Die bringen ihn auch ganz freundlich über den Atlantik und feiern ihn vor dem Europäischen Parlament, in Paris, in London und Madrid. Nur nach Rom will er nicht. Weil Berlusconi gleich seine Knitterschnute liften lassen wollte. Auch zum Schröder nach Berlin gelangt unser kleiner Freund und kann sich da ein Bild von der Reformfreudigkeit der Deutschen machen. Doch der Schröder hat mal wieder Schnupfen und steckt den kosmischen Gast an. Daraufhin muss er zum Arzt und da das neue Quartal angefangen hat, verlangt man von ihm erst mal zehn Euro. Traurig schaut die kleine Schniefnase zu Boden. Er hat doch kein Geld dabei.

Bleibt bloß auf dem Mars, ihr grünen Männchen. Die Erde ist ganz schön unwirtlich.

*Ein Kosmopolit*

## WANNWOWASWANNWOWASWANN

- |  |  |  |
|--|--|--|
| 19. Februar<br>19 Uhr P100-Treff, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76   | 3. März<br>17.30 Uhr 21. BVV im BVV-Saal, Bezirksamt Fröbelstraße 17   | 17. März<br>18.30 Uhr Wahlkreisaktiv des OV Vineta, Freizeitclub, Elsa-Brändström-Straße 6 |
| 21. Februar<br>11 Uhr Skatrunde, Kieztreff Pistoriusstraße 24  | 4. März<br>19 Uhr P100-Treff, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76   | 18. März<br>19 Uhr P100-Treff, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76                    |
| 25. Februar<br>18.30 Uhr Wahlkreisaktiv im OV Vineta: Bildungsabend zum Thema Entwurf der EU-Verfassung mit Wolfgang Meyer, Freizeitclub, Elsa-Brändström-Straße 6 | 8. März<br>15 Uhr Frauentagsfeier des OV Weißensee mit Stadträtin Christine Keil, Kieztreff Pistoriusstraße 24<br>19.30 Uhr PDS-Bezirksvorstand, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76          | 20. März<br>11 Uhr Skatrunde, Kieztreff Pistoriusstraße 24                                 |
| 26. Februar<br>18 Uhr Basistag zum Thema bezirkliche Wirtschaftspolitik mit Stadträtin Almuth Nehring-Venus, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76              | 9. März<br>17 Uhr Mitgliederversammlung der PDS Weißensee: „Ist Berlin noch zu retten?“ mit Carl Wechselberg, finanzpolitischer Sprecher der PDS im Abgeordnetenhaus, Kieztreff Pistoriusstraße 24 | 22. März<br>19.30 Uhr PDS-Bezirksvorstand, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76        |
| 29. Februar<br>18 Uhr jour fixe zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76  | 12. März<br>15 Uhr Frauentagsfeier der PDS Berlin Drei, u.a. Buchlesung mit Ernst Röhl, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76   | 25. März<br>18 Uhr Basistag, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76                      |
| 3. März<br>17.30 Uhr Treff des OV Weißensee, Kieztreff Pistoriusstraße 24  |  | 29. März<br>19.30 Uhr PDS-Bezirksvorstand, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76        |
|  |  | 31. März<br>17.30 Uhr 22. BVV im BVV-Saal, Bezirksamt Fröbelstraße 17                      |

### Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei  
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin  
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81  
[www.pds-berlin-drei.de](http://www.pds-berlin-drei.de)  
eMail: [redaktion@pds-berlin-drei.de](mailto:redaktion@pds-berlin-drei.de)

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 9. Februar 2004  
Druck: double express Auflage: 10.000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders/der Spenderin.